

Wer nicht von Reichtum redet, sollte über Armut schweigen

Kath. Familienbildungsstätte (FABI), Große Rosenstr. 18, Osnabrück
Gemeinsame Veranstaltungsreihe über Armut, Reichtum und Verteilung,

Osnabrücker Ermutigung - 24.11.2015

Auf der Berlinale, dem großen Filmfestival, erregte im Jahr 2013 ein Film des britischen Regisseurs Ken Loach Aufsehen. Unter dem Titel „The Spirit of 45“, der Geist von 1945, zeigte der Film, wie sich die Labour Party im Jahr 1945 nach ihrer absoluten Mehrheit daran machte, einen Wohlfahrtsstaat aufzubauen. Man wollte nach dem Desaster der Großen Weltwirtschaftskrise und des Zweiten Weltkrieges einen Neuaufbruch. Ein Gesundheits- und ein Sozialversicherungssystem wurden aufgebaut. Erhebliche Steuern auf Vermögen und hohe Einkommen wurden erhoben und die Schlüsselindustrie verstaatlicht. Man wollte die Macht des großen Geldes begrenzen. All das ist heute beseitigt.

Es gab auch einen „Geist von 45“ in Deutschland mit einem Reformprojekt, das dazu führen sollte, dass Armut und soziale Ungleichheit zu einem Randphänomen gemacht wurde, anständige Löhne gezahlt wurden und eine insgesamt ausgeglichene Verteilung des Sozialproduktes erreichen konnte. Altersarmut wurde beseitigt. Kündigungs- und Arbeitsschutz sowie Mitbestimmungsrechte und verbindliche tarifliche Normen galten allenthalben. Es gab ein „Gesetz zur Festlegung von Mindestarbeitsbedingungen“ von 1951, doch angewandt werden musste es nie. Niedriglöhne waren eigentlich unbekannt, die Arbeitsplätze und die Rente sicher. Wohlstand für alle – das war das Versprechen des späteren Bundeskanzlers Ludwig Erhard. Das soll nicht als Verklärung vergangener Zeiten gesagt sein, wohl aber den Blick auf eine Zeit klar machen, die unwiderruflich vergangen ist. Die soziale Marktwirtschaft, wie man sie kannte, ist Geschichte. Es war nur ein „kurzer Traum immerwährender Prosperität“, der Ländern wie Frankreich, Großbritannien, die Beneluxstaaten und Deutschland „Goldene Dreißig Jahre“ bescherte. Das soll nicht die Wirklichkeit verklären, wohl aber zeigen, was wir verloren haben: Der Westen erlebte Jahrzehnte von Wohlstand und sozialer Sicherheit. Jetzt kehren Armut, Arbeitslosigkeit und prekäre, unsichere Arbeit zurück. Wie konnte es dazu kommen?

Meine These lautet:

Armut ist ökonomisch gewollt und wird politisch gemacht – und Reichtum auch.

- 1. These: Wir befinden uns auf dem Weg zu einer Vollerwerbswirtschaft, in der alle irgendwie erwerbstätig sind, auch wenn in Arbeit, die Armut schafft.**

Die Politiker verbreiten gute Stimmung: Die Arbeitslosenquote sinkt und die Beschäftigtenzahlen steigen. Noch nie gab es so viel Beschäftigte in Deutschland wie derzeit. Man spricht von einem „deutschen Jobwunder“. Welche Gründe für die Erfolge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Deutschland gibt es? Am 3. März 2003

kündigte der damalige Bundeskanzler Schröder Reformen des Arbeitsmarktes mit der Ankündigung an: „Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem einzelnen abfordern müssen.“ Das war der Start für einen Abschied vom Sozialstaat der alten Bundesrepublik mit ihrer Vollbeschäftigung, einer anständigen Rente, der 35-Stundenwoche und hohen Sozialleistungen. Die Ökonomen und konservative Politiker applaudierten: Man habe über seine Verhältnisse gelebt.

Wer aber hat über seine Verhältnisse gelebt? Die Antwort war schnell gefunden: Die unteren Schichten, die Sozialleistungsempfänger, die es sich in der sozialen Hängematte bequem machten, und die unteren Lohngruppen. Es hieß: Die Wirtschaft komme erst wieder in Gang, wenn die Steuern und Sozialleistungen niedrig gehalten werden. Für die Arbeitnehmer und die Arbeitslosen hieß es: „Arbeit muss sich wieder lohnen.“ Mit diesem Motto wollte man nicht Lohnerhöhungen begründen. Nein, man glaubte, Arbeitslose würde sich lieber auf Sozialleistungen ausruhen, als Arbeit zu suchen. Deshalb hieß es nun: Druck auf Arbeitslose, Absenkung der Sozialleistungen und Zwang, jede Arbeit zu jedem Preis aufzunehmen. Aus dem Recht auf Leistungen wird eine Pflicht, eine Gegenleistung zu erbringen. Der hessische Ministerpräsident Roland Koch hat in einem Interview in der „Wirtschaftswoche“ (16.1.2010) erklärt: „Wir müssen jedem Hartz IV-Empfänger abverlangen, dass er als Gegenleistung für die staatliche Unterstützung einer Beschäftigung nachgeht, auch niederwertige Arbeit, im Zweifel in einer öffentlichen Beschäftigung.“ Wer eine Sozialleistung an eine Gegenleistung bindet, der untergräbt das soziale Menschenrecht. Ein Recht an sich ist jedoch nicht verhandelbar. Es muss respektiert werden.

Eine „Vollerwerbsgesellschaft“ ist entstanden. Das ist keine Gesellschaft mit Vollbeschäftigung, sondern eine Gesellschaft, in der alle irgendwie beschäftigt sind: prekär, zu Löhnen, die nicht die Existenz sichern, in Minijobs, Teilzeitarbeit oder Leiharbeit. Das sind neue Formen von sozial ungesicherter Arbeit. Hinter dem schönen Bild des deutschen Jobwunders verbirgt sich der Übergang zu einer prekären Vollerwerbsgesellschaft. Den Preis für das Jobwunder zahlen die Opfer der Reformen: Die prekär Beschäftigten, die Erwerbslosen und Ausgegrenzten. Um eine Kernbelegschaft mit unbefristeten Arbeitsverträgen und sozialstaatlicher Absicherung hat sich ein Ring gelegt von Teilzeitbeschäftigten, Leiharbeitern, befristet Eingestellten und Vollzeitbeschäftigten, deren Lohn durch die Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld II aufgestockt werden muss, Leiharbeit, Werkverträge, geringfügiger Beschäftigung, befristeter Arbeit, Scheinselbständigkeit, Mini-Jobs usw. . Aus der Mitte der Erwerbsarbeit verläuft eine Abwärtsspirale, die immer mehr Beschäftigte in ihren Strudel zu reißen droht und eine Beschäftigung zweiter Klasse schafft. Dass es dazu gekommen ist, ist nicht zwangsläufig ökonomisch bedingt, sondern vor allem ökonomisch gewollt und politisch gemacht. Schlechte Arbeit ist schlecht gemachte Arbeit. Die Ausweitung schlechter Arbeit steht seit Jahren auf der politischen Agenda. War es bis in die siebziger Jahre Ziel der Politik, unsichere und prekäre Beschäftigungsverhältnisse zurückzudrängen, so ist es heute das ausdrückliche politische Ziel, prekäre, entregelte und sozial unsichere Arbeitsbedingungen zu fördern.

In dieser Gesellschaft der Vollerwerbstätigkeit nimmt zwar Erwerbstätigkeit insgesamt zu, doch es gibt einen Teil von Erwerbstätigen, die hinter rechtlich abgesicherten Formen des Arbeitnehmerstatus zurückfallen. Sie sind Arbeitnehmer zweiter Klasse. Fürsorge-Arbeitnehmer. Das Arbeitslosengeld war als Kombilohn kombiniert. Auch der Mindestlohn von 8,50 Euro ändert an der Armutslage nichts. Er führt nicht aus der Abhängigkeit von Hartz IV. Nach wie vor sind sie auf die Grundsicherung für

Arbeitssuchende angewiesen. Sie leben und arbeiten zirkulär im Niedriglohnsektor und mit Transferleistungen sozial entschert. Aus arbeitslosen Armen wurden arbeitende Arme gemacht. Arm sind sie allemal geblieben. Zwar gibt es eine untere Aufanglinie. Was nötig wäre, um Armut und soziale Ausgrenzung wirksam zu bekämpfen, wäre die Abschaffung eines Niedriglohnsektors.

Der Bruch mit dem bisherigen Sozialstaatsverständnis besteht darin, dass Arbeitslosigkeit als individuelles Problem gedeutet wurde. Ganz unten wurden für die Erwerbslosen tiefe Einschnitte vorgenommen und Druck auf Arbeitslose aufgebaut: Fordern und Fördern. Die Regelsätze für die Arbeitslosenhilfe wurde auf das Niveau der Sozialhilfe abgesenkt und die Bezugsdauer gekürzt. Die Definition von Erwerbsfähigkeit wurde neu definiert. Wer mehr als drei Stunden arbeiten kann, gilt als erwerbsfähig. Die Lebens- und Wohnverhältnisse wurden kontrolliert. Wer mit einem Partner oder einer Partnerin zusammenlebt, auch unverheiratet, der bezieht weniger Sozialhilfe. Das Recht auf Sozialleistungen hat nur der, der kein Vermögen hat. Arbeit, von der man nicht leben kann, und die nicht sozial abgesichert ist, wurde politisch gefördert. Sanktionen und strenge Zumutbarkeitsregeln übten einen Zwang aus, Arbeit um jeden Preis aufzunehmen.

Die Regelleistungen bei Hartz IV sind politisch kleingerechnet worden. Das Bundesverfassungsgericht hat im letzten Jahr den Regelsatz gerade noch verfassungsrechtlich akzeptabel genannt. Umstritten ist die Berechnung der Höhe des Regelsatzes. Die Armutsforscherin Irene Becker hatte in einem Gutachten für die Diakonie aufgezeigt, dass bei sachgerechter Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 9. Februar 2010 der Regelbedarf 2014 bei 424 Euro statt 391 Euro hätte liegen müssen. Leben unter der Armutsrisikogrenze bedeutet für viele Betroffene materielle Unterversorgung. Es sollte in Deutschland die Maßgabe gelten, die in einer EU-Vorgabe formuliert ist: Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Rente im Rahmen der Sozialversicherungen sollten ein Einkommen in Höhe von mindestens 60 Prozent des mittleren Einkommens vor Ort gewährleisten. 2014 lag die so errechnete Schwelle für einen Singlehaushalt bei 917 Euro. Hartz IV beträgt 399 Euro, plus Unterkunft und Heizungskosten, die durchschnittlich 334 Euro betragen: 733 Euro. Es gibt also zu dem EU-Maßstab eine Differenz von 184, 00 Euro. Hartz IV ist staatlich verordnete Unterversorgung und hat bei einem nicht geringen Teil der Bevölkerung unnötige Härten bewirkt und sie in zunehmender Armut und tiefer Perspektivlosigkeit versinken lassen.

2. These: Je mehr sich die Schere zwischen arm und reich in Deutschland öffnete, desto aggressiver wurde Armut geleugnet.

Wer gilt überhaupt wann als arm? Was ist überhaupt Armut? In einem der reichsten Länder hat die Zahl der Armen mittlerweile ein Rekordniveau von 15,5 Prozent erreicht - 12,5 Millionen Menschen. Mit dieser Meldung hat der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) im Februar 2015 die Öffentlichkeit aufgerüttelt und sofort setzte eine heftige Auseinandersetzung ein. Zahlreiche wichtige Leitmedien bliesen sogleich zum Gegenangriff, wobei der einhellige Tenor überraschend war: „Zerrbild“ schalte es aus der „Zeit“, Focus sprach von einer „Horrorstudie“; die Frankfurter Allgemeine Zeitung sieht im beklagten Anstieg der Armut lediglich einen „statistischen Trick“, für das Zeit-Magazin ist die hohe Armutsquote gar nichts anderes als „Nonsense in reinsten Form“, die Süddeutsche Zeitung macht einen „Fehler im System“ aus

und Georg Cremer, Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes, durfte in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung der Untersuchung bescheinigen, zwar „gut gemeint“ zu sein – doch fachwissenschaftlich unhaltbar: „Die Behauptung, noch nie hätten so viele Menschen hierzulande in Armut gelebt wie heute, suggeriert ein absolutes Maß an Armut und widerspricht der Lebenserfahrung aller, die sich an die materielle Situation in früheren Dekaden erinnern können.“ Auch Arbeitsministerin Andrea Nahles griff die Debatte mit der Bemerkung ein: „Wirkliche Armut“ sähe anders aus. Wirklich arm seien die Illegalen Migranten im Lande. Wann aber ist denn mitten in einem reichen Land arm auch wirklich arm?

Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer hat auch festgestellt, dass sich gegenüber Arme eine immer feindseligere Haltung breit gemacht habe. Er spricht von „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“. Begleitet wird die Deformation von Solidarität durch eine Debatte, die Langzeitarbeitslosen oder Sozialhilfeempfängern als Faulenzer, Trittbrettfahrer, Schmarotzer verdächtigt und stigmatisiert. Für 2009 hat er einen Umschwung festgestellt: Bei den Höherverdienenden nehmen rabiate Meinungen über Schwache besonders deutlich zu. Heitmeyer spricht vom „eisigen Jargon der Verachtung“, der sich in den Eliten breit gemacht habe, von einer „rohen Bürgerlichkeit“. Die gesellschaftliche Eilte und die Wohlhabenden grenzen sich scharf von denen da unten ab. Wer für das Leistungsprinzip ist, wertet jene Gruppen ab, denen Leistungswille oder -fähigkeit abgesprochen wird: Zuwanderer, Langzeitarbeitslose, Obdachlose. So glauben fast 65 Prozent derjenigen Befragten, dass in Deutschland zu viele schwache Gruppen mitversorgt werden müssen.

3. These: Armut und Prekarität waren zumindest in der alten Bundesrepublik weithin überwunden. Sie kehren jetzt zurück.

Armut war in der Bundesrepublik Deutschland weithin bekämpft oder mehr oder weniger zu einem bloßen Randphänomen geworden. Wer aber heute über Armut reden will, der muss zunächst feststellen: Armut kehrt zurück. Das lässt sich exemplarisch an der Rente aufzeigen. Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2008 konnte noch feststellen, dass Altersarmut kein akutes Problem mehr darstellen würde. Doch diese sozialpolitische Erfolgsmeldung stand wohl das letzte Mal in einem Armutsbericht. In der Rentenreform 1957 wurde die Rente so berechnet, dass sie in einen Bezug zur allgemeinen Lohnentwicklung gebracht wurde, Geringverdienern weithin vom Risiko der Altersarmut befreit, ein Babyjahr gutgeschrieben und die Studienzeit angerechnet wurde.

Nun aber drohen Millionen Rentnerinnen und Rentner in Armut abzurutschen. Die Ursache sind bekannt: die Rentenpolitik der letzten Jahre und die Arbeitsmarktentwicklung. Dazu gehören der Abschied von der Lebensstandardsicherung sowie eine Senkung des Rentenniveaus auf 46 Prozent, das entspricht einer Rentenkürzung um rund zwanzig Prozent bis zum Jahr 2030. Die Schere zwischen durchschnittlichen Bestandsrenten und durchschnittlichen Zugangsrenten wird immer größer. Sprich: Jeder Rentnerjahrgang, der neu in Rente geht, hat im Durchschnitt weniger Rente als der Jahrgang zuvor. Geringverdienende (50% des Durchschnittslohnes) hätten 2012 unrealistische 54,8 Jahre arbeiten müssen, um eine Rente auf Grundsicherungsniveau zu erhalten. Durch die Senkung des Rentenniveaus müssten sie 2030 sage und schreibe 63,2 Jahre dafür arbeiten. Diese kurze exemplarische Darstellung der Armutsentwicklung einer gesellschaftlichen Teilgruppe zeigt zweierlei: Erstens: Armut

fällt nicht vom Himmel. Altersarmut ist politisch verursacht worden. Zweitens: Politik kann Armut erfolgreich bekämpfen.

Lange gab es die Überzeugung, dass es aufwärts geht, dass wir in einer Aufzugsgesellschaft leben. Unseren Kindern soll es einmal besser gehen – so das Motto, mit dem auch ich groß geworden bin. Dieses Bild der Aufzugsgesellschaft, in der es allen besser geht, die Reichen zwar reicher wurden, es den Ärmeren aber auch besser geht, wird der Wirklichkeit nicht mehr gerecht. Aus der Aufzugsgesellschaft ist längst eine Paternostergesellschaft geworden. Während es für die einen aufwärts geht, geht es für die anderen nach unten. So bekommen Kinder mit guter Ausbildung keine Jobs oder nur miese bezahlte, sie hangeln sich von einem Praktikum zum nächsten, von einem Zeitvertrag zum nächsten. Dass es der nächsten Generation besser gehen soll, glaubt niemand mehr.

4. These: In der Definition, was Armut ist, liegt das Problem und die Lösung

Armut ist ein mehrdeutiger, missverständlicher sowie moralisch und emotional aufgeladener Begriff. Was Armut ist und als arm bezeichnet wird, lässt sich nicht allein mit rein statistischen Fakten erheben, denn hinter allen statistischen Messverfahren stehen normative Wertüberzeugungen. Es gibt keine allgemeingültige Definition von Armut.

Das Bundesverfassungsgericht hat in einer wichtigen Entscheidung zu Hartz IV im Jahr 2010 das Grundrecht auf ein „soziokulturelles Existenzminimum“ bekräftigt. Was ist damit gemeint? Zur Menschenwürde in einem Sozialstaat gehört, dass nicht nur ein Dach über dem Kopf und das nackte Überleben gesichert werden. Das soziokulturelle Existenzminimum umfasst alles, was notwendig ist zu einem Leben in Würde, um bei sparsamer Haushaltsführung am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Zur Demokratie gehört, dass alle Bürgerinnen und Bürger an ihr teilnehmen können. Wie aber lässt sich bestimmen, was ein Leben in Würde ausmacht?

Dazu gibt es zwei Wege. Als 1960 die Sozialhilfe eingeführt wurde, berechnete man einen Warenkorb, in den alles gelegt wurde, was man zum Leben braucht. In den 90er Jahre ist man davon abgekommen und berechnet nach einem Statistikmodell die Höhe der Regelsätze. 60.000 Haushalte wurden befragt und aus den unteren 23 Prozent – ab 2010 aus den unteren 15 Prozent – wurde berechnet, was jemand zum Leben braucht. Von der Armut wird hier abgeleitet, was Armut ist.

Europa ging einen anderen Weg. Der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft hatte 1984 beschlossen, diejenigen Personengruppen als arm zu definieren, „die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sei von der Lebensweise *ausgeschlossen* sind, die in dem Mitgliedsland, in dem sie leben, als *Minimum* annehmbar ist“. Armut wird hier als Ausschluss definiert. Anders gesagt: Jeder hat das Recht an der Gesellschaft teilhaben zu können. Deshalb definiert die EU Armut nicht in abstrakten Zahlen, sondern sagt: Armutsgefährdet ist, wer über weniger als 60 Prozent des mittleren Durchschnittseinkommens verfügt. In Deutschland geht man nach Erhebungen für 2014 von einer Armutsrisikogrenze von 917 Euro netto monatlich für Alleinstehende.

Wer arm ist, der ist von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen und deshalb in zentralen Lebensbereichen unterversorgt. Politisch ist die Frage, ob Armut ein relatives Phänomen darstellt oder nicht, enorm wichtig. Es steht nämlich die Gerechtigkeitsfrage im Hintergrund. Hier dürfte einer der wichtigsten Gründe dafür liegen, dass die relative Armut gerade von denjenigen oft geleugnet wird, die zu den Privilegierten, Besserverdienenden und Vermögenden gehören. Im Unterschied zur absoluten Armut, der man auf karitativem Wege, das heißt mit Lebensmitteltafeln, Kleiderkammern und Möbellagern begegnen kann, erfordert die Bekämpfung der relativen Armut, dass man den Reichtum antastet.

Ein realistischer Armutsbegriff hat zu berücksichtigen, in welcher Gesellschaft ein Mensch lebt beziehungsweise und wie groß der ihn umgebende Wohlstand ist. Und genau das ist umstritten. Die Journalisten und die Politik wollen über diese Armut nicht reden, die man relative Armut nennt. Mit Hinweis auf andere Länder kann man sich nicht trösten. Mit dem relativen Armutsbegriff wird die Gerechtigkeitsfrage gestellt.

Doch diese Gerechtigkeitsfrage wird nicht nur ausgeklammert, sondern der Gerechtigkeitsbegriff wurde auch umgedeutet. Um die Jahrtausendwende begann eine Diskussion über einen neuen Gerechtigkeitsbegriff. Angela Merkel forderte, ein „veraltetes Verständnis von Verteilungsgerechtigkeit“ beiseite zu legen. Der damalige Generalsekretär der SPD Olaf Scholz plädierte für einen „modernisierten Begriff von Gerechtigkeit: Verteilungsgerechtigkeit. Diese Perspektive wird den aktuellen Herausforderungen nicht mehr gerecht.“ Nach der Bundestagswahl 2005 vervielfältigte die CDU „neue Gerechtigkeit“ als Chancengerechtigkeit, Generationengerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit, Familiengerechtigkeit.

Ungleichheit in Einkommen und Vermögen wurden positiv gesehen als „Katalysator ... für individuelle und auch gesellschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten“, so der Arbeits- und Wirtschaftsminister der SPD Wolfgang Clement. Ungleichheit ist nicht bedauerlich. Sie ist einfach nötig. Leistung soll sich wieder lohnen. Ein modernisierter Gerechtigkeitsbegriff soll Ungleichheiten anerkennen und fördern, die dadurch entstehen, dass jemand seine Chancen nutzt. Klar wandte sich Peer Steinbrück gegen die Verteilungsgerechtigkeit als Ergebnisgleichheit, wenn durch Umverteilung eine Verringerung der ungerechten Einkommens- und Vermögensverteilung angestrebt wird: „Das erste Ziel muss mehr denn je werden, den Einzelnen zur Teilnahme und Teilhabe auf den Märkten zu befähigen. Damit wird Chancengerechtigkeit - und nicht Ergebnisgerechtigkeit – zum Grundprinzip eines modernen Sozialstaates.“ (Frankfurter Rundschau vom 11.1.2006) Als neuer Begriff wird geboren: Die „*Befähigungsgerechtigkeit*“ eingeführt worden. Peer Steinbrück trennt zwischen „würdige“ und „unwürdige“ Arme, wenn er sagt: „Soziale Gerechtigkeit muss künftig heißen, eine Politik für diejenigen zu machen, die etwas für die Zukunft unseres Landes tun: Die lernen und sich qualifizieren, die arbeiten, die Kinder bekommen und erziehen, die etwas unternehmen und Arbeitsplätze schaffen, kurzum: die Leistung für sich und unsere Gesellschaft erbringen. Um die - und nur um die - muss sich Politik kümmern.“ Chancengleichheit wird nicht mehr verstanden als *Gleichheit in der Verteilung* von Einkommen, Eigentum, Macht und Bildung sondern als *Gleichheit allein im Zugang* zu Bildung, Ausbildung und Arbeit. Doch: Ohne materielle Verteilungsgerechtigkeit laufen Befähigungsgerechtigkeit und Chancengleichheit ins Leere. Bei der geforderten Begriffserweiterung handelt es sich um eine inhaltliche Verkürzung des Gerechtigkeitsbegriffs.

Bei der Gerechtigkeitsfrage geht es um eine Antwort auf die Grundfrage: Was schulden Menschen einander? Was schulden wir armen Menschen in einer reichen Gesellschaft? Was ist es, was wir ihnen schulden?

Das Verständnis von Armut als einer relativen Armut lässt nicht locker: Geld ist der entscheidende Schlüssel für die Bekämpfung von Armut und für die kulturelle und soziale Teilhabe – und nicht Tafeln, nicht Kleiderkammer oder Teilhabe- und Bildungsgutscheine á la von der Leyen! Wenn Armut als Mangel an Einkommen verstanden wird, dann kann man von Armut nur reden, wenn man auch über Reichtum redet. Und genau dieser Zusammenhang ist umstritten und hochpolitisch. Mit dem Wachsen von Reichtum wächst auch die Armutsgrenze. Beim Warenkorbmodell können Menschen immer weiter abgehängt werden. Beim Statistikmodell auch. Nur das Konzept der relativen Einkommensarmut stellt sicher: Arm ist ein Armer immer in der Gesellschaft, in der er lebt.

5. These: Exklusiver Reichtum ist kein Naturprozess. Reichtum ist ökonomisch gewollt, wird politisch und verschleiert.

Man muss deshalb über Reichtum reden, wenn man über Armut redet. Es gibt aber keine verlässlichen und belastbaren Fakten über Reichtum und Vermögen. Die Politik deutelt am Armutsbegriff herum, hat aber beim Reichtum kein Interesse daran, den Schleier über den wirklichen Verhältnissen zu lüften. Es fehlen verlässliche Daten und Zahlen. Da der Staat seit 1997 sogar freiwillig auf die Erhebung der Vermögenssteuer verzichtet, gibt es keine belastbaren Vermögensdaten mehr. Alle Zahlen beruhen auf freiwilligen Angaben der Reichen und die rechnen sich arm. Wenn aber die Daten fehlen, kann auch keine seriöse Verteilungsdiskussion geführt werden.

Worüber reden wir, wenn wir von Reichtum reden? Manche sagen: Reich ist, wer über das Doppelte des durchschnittlichen Nettoeinkommens verfügt. Das sollte man lieber wohlhabend nennen, aber nicht reich. Sollen wir statt über Reichtum besser über Vermögen reden? Die Eigentumswohnung, für die jemand einen Kredit aufgenommen hat? Oder das Häusle, das sich jemand zusammengespart hat? Das Auto auf Pump? Das alles ist noch kein Reichtum. Wer so redet, der verwechselt, dass die Regeln, die für das Privateigentum an Gebrauchsgütern gelten, nicht dieselben Regeln sind, die für das Privateigentum an Produktionsmitteln gelten. Denn wer Eigentum an Produktionsmitteln hat, der nimmt fremde Arbeit in Anspruch, um sein Vermögen rentabel zu verwerten.

Nein: Reichtum darf nicht aus uns aller Froschperspektive von unten betrachtet werden, sondern muss „von oben her“ in den Blick genommen werden. Wir müssen den Superreichtum in diesem Land in den Blick. Er allein steht zur Debatte. Die kleine Spitze ganz oben, das eine Prozent, das über 99 Prozent des Reichtum in diesem Land besitzen, ist ein „exklusiver Reichtum“. Dieser exklusive 1-Prozent-Reichtum ist eine ungeheure Macht in den Händen weniger. Kein Papst, kein Kaiser hatte solche Macht je inne. Die exklusiv Reichen entfliehen jeglicher staatlichen Kontrolle. Zu ihrer Legitimation bedienen sie sich der neoliberalen Wahnidee, nach der eine unsichtbare Hand des Marktes die Welt regiert. Nein, sie sind die sichtbare Hand, welche die Welt regiert. Sie haben nur ein Ziel: Profitmaximierung um jeden Preis und das in möglichst kurzer Zeit. Wer Vermögen hat, hat die Macht. Er hat die Hebel in der Hand, gesellschaftliche Veränderungen anzustoßen und die politische Debatte zu lenken. Das Hauptproblem ist dieser exklusive Reichtum - nicht einfach nur die

Ungleichheit zwischen Arm und Reich. Und darüber darf nicht länger geschwiegen werden.

Es war die Politik, die durch Steuergesetze die Gewinne der Banken, die sie aus dem Verkauf der Industriebeteiligungen erzielt hatten, steuerfrei gestellt hat. Sie hat Kapitalbeteiligungsgesellschaften steuerlich nicht als gewinnorientierte Unternehmen sondern als Vermögensverwaltungen eingestuft. Sie hat bei der Bankenrettung die Gläubiger und Anteilseigner geschont, die Kosten der Finanzkrise auf die Allgemeinheit und auf die schwächeren Teile der Bevölkerung abgewälzt. Sie hat eine Finanz- und Steuerpolitik geschaffen, welche die Vermögenden begünstigt und eine massive Umverteilung von unten nach oben organisiert hat.

Ganz oben ist der Reichtum derart kulmuniert, dass ein Großteil der Gesellschaft sich seiner Existenz überhaupt keine Vorstellung hat. Unsere Gesellschaft wird immer mehr zu einer Gesellschaft, die von den Superreichen beherrscht wird. „Wir haben einen Wendepunkt erreicht. Noch nie in der Geschichte der OECD war die Ungleichheit in unseren Ländern so hoch wie heute.“ Es war der OECD-Generalsekretär Gurría, der vor wenigen Tagen mit seinem neuesten Bericht die Alarmglocke läutet. Und die Ungleichheit ist in Deutschland so hoch wie in keine, anderen europäischen Land. Die Kluft zwischen Top- und Niedrigverdienern wird immer größer. Diese eine Prozent lebt so viele Lichtjahre vom Bewusstsein der Bevölkerung weg, dass die Einkommen jener Handvoll Leute an der obersten Spitze unterschützt wird.

Welche Untersuchungen man auch heranziehen mag: Der Reichtum hat in Deutschland einen Spitzenwert erklommen. Das eine reichste Prozent hat so viel wie die übrigen 99 Prozent. Ganz oben hat das oberste 0,1 Prozent, jene 80.000 Wohlhabendsten im Lande, ein Vermögen, das 16-mal so groß ist wie das ganze Vermögen der unteren Hälfte der Bevölkerung. Deutschland zählt im internationalen Vergleich zu den Ländern mit der höchsten Vermögensungleichheit. Ein wirklich reicher deutscher Haushalt, der statistisch zum obersten Promille gehört, verfügt übrigens über ein durchschnittliches Vermögen von rund 37 Millionen Euro. Oder um es ganz deutlich zu sagen: Auch wenn in Deutschland keine verlässlichen statistischen Daten über den Reichtum erhoben werden, ist doch zweifelsfrei: Deutschland hat ein massives Gerechtigkeitsproblem.

Die untere Hälfte der Gesellschaft muss sich gerade einmal ein Prozent des gesamten Vermögens teilen. Nicht zu vergessen die millionen-, je milliardenschwere Vermögen, die von Generation zu Generation vererbt werden. Diese Ungerechtigkeit ist nicht vom Himmel gefallen, ist auch kein Naturereignis. Sie ist ökonomisch gewollt und wurde politisch gemacht. Der Reichtum der Wenigen entsteht durch die Verarmung der Vielen. Diese Einsicht ist fundamental für die Diakonie, wenn sie sich um Armut in diesem Land kümmert.

Der exklusive Reichtum wird vererbt. Es entsteht ein Vererbungskapitalismus wie im Feudalismus. Keine Erbschaftssteuer greift hier ein. Hohe Erbschaften passen nicht in demokratische Gesellschaften, die Chancengleichheit für alle propagieren. Das Bundesverfassungsgericht hatte das Erbschaftssteuerrecht kritisiert. In einem Minderheiten Votum haben die beiden Bundesverfassungsrichter Susanne Baer und Reinhard Gauier die Erbschaftssteuer nicht nur ein Instrument zur Erzielung von Steuereinnahmen genannt, sondern „zugleich ein Instrument des Sozialstaates, um zu verhindern, dass Reichtum in der Folge der Generationen in den Händen weniger

kulminiert und allein aufgrund von Herkunft oder persönlicher Verbundenheit unverhältnismäßig anwächst“ (BVerfGe 2014).

Diese Vermögen werden vererbt, treiben die Ungleichheit an und produzieren eine kleine, feine, abgehobene Elite. Sie lebt in einer Sonderwelt mit einem Vermögen und Reichtum, das nicht auf eigene Leistung beruht, sondern sich dem Zufall der Geburt verdankt. Gern schmückt man sich als Wohltäter mit Stiftungen, die vom Staat gefördert werden. Doch was ist das anderes als vorenthaltene Löhne oder nicht gezahlte Steuern. Statt dafür zu sorgen, dass der gesellschaftliche Reichtum sich für Gemeinwesen nützlich machen kann, macht sich die Regierung nützlich, dass eine weit abgehobene Elite entsteht.

Wir erleben eine schleichende Re-Feudalisierung unseres Landes. Die Namensliste der neuen Feudalherren ist bekannt: Vermögen der Familie Quandt 31 Mrd. Euro, die Albrechtbrüder 35 Mrd. Euro, Schäffler 17 Mrd. Euro oder Schrauben Würth 8 Mrd. Euro. Haben wir eine Vorstellung, was dieser Reichtum bedeutet? Ein Beispiel: Der Drogeriemarktbesitzer Roßmann nimmt auf der Reichenliste in Deutschland den Rang 41 ein. Sein Vermögen beträgt 1.700 Millionen. Euro. Wie viel ist das wirklich? Frau Müller, die im Drogeriemarkt arbeitet, verdient als Verkäuferin monatlich: 1.830 Euro, jährlich also 21.960 Euro. Um das Vermögen von Herrn Roßmann zu erreichen, müsste unsere Verkäuferin unglaubliche 77. 413 Jahre arbeiten. Niemand auf der Welt kann so viel arbeiten, dass er eine Milliarde Euro und mehr Vermögen aufbauen kann. Deutschland ist tief gespalten – in Superreiche und den Rest. Die Kluft zwischen Arm und Reich ist in Deutschland besonders groß, größer als irgendwo sonst in Europa.

6. These: Der Sozialstaat ist ein wichtiger Schlüssel zur Regulierung des Finanzmarktkapitalismus.

Der Sozialstaat gehört zum Kostbarsten, was diese Republik geschaffen hat. Der Sozialstaat stellt nicht nur Tafeln oder Suppenküchen auf, er erschöpft sich also nicht in der Fürsorge für Benachteiligte; er zielt auch auf den Ab-bau der strukturellen Ursachen für die Benachteiligung. Er ist kein Almosenstaat für die Bedürftigen, sondern steht für eine gerechte Ordnung der Gesellschaft, setzt auf sozialen Ausgleich durch staatliches Handeln und nimmt die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft dafür in Anspruch. Nach der Verfassung ist der Staat verpflichtet, eine „gerechte Sozialordnung“ zu schaffen. Das heißt: eine soziale Ordnung, die bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter etc. den Bürgerinnen und Bürgern soziale Rechte zugesteht. Deshalb muss die Wirtschaft auch so geordnet werden, dass sie diese Menschenrechte gewährleisten kann. Dann aber sind die sozialstaatlichen Ausgaben keine Kosten, die vom Ertrag der Wirtschaft abgehen, sondern umgekehrt: die Wirtschaft erfüllt genau dann ihren Zweck, wenn sie für die Wohlfahrt der Menschen und den sozialen Ausgleich nützlich ist.

Die Armutsforschung hat sieben Wege zur Armutsbekämpfung aufgezeigt, die zugleich mehr soziale Gerechtigkeit für alle Bürgerinnen und Bürger im Land bedeuten:

1. Eine Grundsicherung, die vor Armut schützt, bedarfsgerecht ist und repressionsfrei geleistet wird; am besten wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen, auf jeden Fall aber Schritte dorthin;
2. Mindestlohn, der vor Armut schützt;

3. Eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle einzahlen und alle Einkommen einbezogen werden – möglichst ohne Beitragsbemessungsgrenze;
4. lebensstandardsichernde Rente durch Stärkung des bewährten Umlageverfahrens, Umleitung der öffentlichen steuerfinanzierten Riesterrente in die Umlagefinanzierung und Abwicklung der mit Steuermitteln geförderten kapitalgedeckten Altersvorsorge;
5. Bildungssystem, das soziale Aufstiegschancen unabhängig von der Herkunft sichert;
6. Wohnraum muss bezahlbar sein. Wir brauchen eine Neubelebung des sozialen Wohnungsbaus und ein Ende mit der Spekulation auf Wohnraum.

Insgesamt brauchen wir eine Stärkung des aktiven Staates gegen die Ökonomisierung aller Lebensbereiche. Das System der sozialen Sicherheit und der Grundversorgung darf nicht nach den Regeln des Marktes organisiert werden. Es muss gegen private Investoren gesichert werden. Dies gilt auch für die Renten-, Pflege und Krankenversicherung, an denen alle Einkommen, vor allem die höheren, gerecht beteiligt werden müssen, um sie zu stärken. Wer Armut bekämpfen will, der muss den Sozialstaat stärken. Doch wer den Sozialstaat stärken will, der muss auch die Mittel heranziehen, die er für den Sozialstaat und seine Aufwendungen braucht.

Deshalb kann man die Solidarität und Gerechtigkeit in einer Gesellschaft nur stärken, wenn auch die Ressourcen hinzugezogen werden, die vorhanden sind. Reichtum muss sich wieder nützlich machen für das Wohlergehen aller.

Eine gerechtere Verteilung des Reichtums:

Vermögensabgabe, höherer Spitzensteuersatz, die Rücknahme der steuerlichen Privilegierung von Kapitalerträgen durch die Abgeltungssteuer in Höhe von 25 Prozent, höhere Steuern auf hohe Erbschaften. Der Staat braucht Mittel, um auch dort investieren zu können, wo es keine Rendite zu erzielen gibt: in Forschung und Entwicklung; in Bahn, Rad und Busse, in eine umweltverträgliche Energiewende, in sozialverträgliche Wohnungen, in die Betreuung von Kindern aus prekären Verhältnissen.

Der Ausbau eines Sozialstaates ist der entscheidende Schlüssel.

Ein solcher Sozialstaat ist dann immer auch ein widerständiger Sozialstaat, der die Rechte der Bürgerinnen und Bürger gegen die Interessen des Finanzkapitals durchsetzt. Der Staat jedoch wagt nicht, die Macht des großen Geldes zu beschneiden. Umso stärker ist die Zivilgesellschaft gefordert – die Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Kirchen und globalisierungskritischen Netzwerke – um außerparlamentarischen Druck zu erzeugen. Wir brauchen eine Gerechtigkeitsbewegung, die Druck entwickelt, der die Politik zu dringend nötigen Sozialreformen drängt, damit Ungleichheit, prekäre Beschäftigung und Armut aus unserem reichen Land verschwinden.